

der Kreistagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
vom 14. Dezember 2015 in Idar-Oberstein

Sehr geehrter Herr Dr. Schneider, ich möchte Sie als unseren Landrat, aber auch stellvertretend für die Beigeordneten und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung begrüßen. Ich grüße alle Kreistagsmitglieder, die interessierten Bürgerinnen und Bürgern, sowie die anwesende Presse.

Obwohl es nicht gerade ein Genuss ist, diesen mit über 10 Millionen EURO defizitären Haushalt 2016 in der Hand zu halten, werden wir weiterhin gemeinsam, für eine positive Entwicklung unseres Landeskreises, stopp, unseres wunderschönen Nationalparklandkreises Birkenfeld arbeiten und kämpfen.

Der oder die gemeine Kommunalpolitiker/in sollte als eierlegende Wollmilchsau zur Welt kommen, denn nur so wäre es zu schaffen, dass wir einerseits die Einnahmen verbessern und andererseits die Ausgaben reduzieren ohne dabei die Bürgerinnen und Bürger mehr zobelasten um gleichzeitig den Wünschen der BürgerInnen und Bürger nachzukommen, dabei auch noch die Leistungen zu verbessern.

Es ist daher dringend erforderlich, den Haushalt des Kreistages transparent und offen zu gestalten und zu einem Bürgerhaushalt weiterzuentwickeln.

Die Menschen im Landkreis müssen erfahren, was mit ihrem Geld geschieht.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für lebenswerte, handlungsfähige und bürgernahe Kommunen ein. Wir wollen, dass heute und auch morgen in unserem Landkreis die Gemeinden gleichwertige und gute Lebensverhältnisse bestehen. Wir wollen die Zukunftsfähigkeit der Kommunen erhalten und ausbauen. Wir brauchen in unseren Städten Idar-Oberstein, Birkenfeld und Baumholder und den allen Gemeinden die Möglichkeit, auf den gesellschaftlichen Wandel und die geänderten Anforderungen in angemessener Weise reagieren zu können.

Wir müssen die Haushalts- und Finanzpolitik des Landkreises am Leitbild der Nachhaltigkeit ausrichten und dadurch weder gegenwärtige noch kommende Generationen zu überfordern oder zu benachteiligen.

Hierzu wurden landesweit durch das Land mit der Einrichtung des Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RP) erste Schritte eingeleitet. Der Fonds kann keine Wunder wirken und ist kein Allheilmittel, er ist jedoch ein geeignetes Instrument, die hohen Kassenkredite der Kommunen langfristig und stetig abzubauen, wenn es keine „neuen Sondersituationen“ geben wird, wie es zur Zeit das Asylthema, mit all den zu uns Geflüchteten, es darstellt. Ein wichtiger Bestandteil des KEFs ist der im Beitrittsvertrag festgelegte Konsolidierungskurs den die Kommunen einschlagen müssen. Doch trotz aller Sparbemühungen hilft es unserem Landkreis nichts, wenn der Bund, allen voran der Bundesfinanzminister zwar seine schwarze Null hinbekommt, aber doch nur auf unsere Kosten! Da ist die Große Koalition von CDU und SPD gefordert und muss hierbei finanziell

weitaus mehr leisten um die Kommunen zu entlasten, als bisher angedacht.

Hier fordere ich die stv. Bundesvorsitzende der CDU von der unteren Nahe auf, für Ihren ehemaligen Bundestags-Wahlkreis einmal Stärke zu beweisen, anstatt die von der rot-GRÜNEN Landesregierung in unseren Landkreis frisch investierten Millionen, durch die angetriebene Abschaffung unseres Nationalparks Hunsrück-Hochwald, zu nichte macht und alle regionalen Entwicklungen wieder in Frage stellt. Bei diesem Schildbürgerstreich tritt Sie uns Allen, aber allen voran, Ihren Parteifreunden vor Ort in den Hintern, die sich bisher für die regionale Entwicklung einer ganzen Region mit Hilfe des Nationalparks einsetzen. Dabei benimmt sie sich und einige ihrer Landtagsgesellen, wie die Axt im Walde!

Doch ich bin mir sicher, an uns Hunsrückern beißt Sie sich die Zähne aus. Und nach dem 13. März 2016 werden wir Sie dann als zahnlosen Tiger nach Berlin ziehen lassen, denn als Ministerpräsidentin taugt sie für unsere Region auf jeden Fall nicht!

Aber einerseits Geld sparen wollen und andererseits lautstarkes rufen nach mehr Straßen und Autobahnanschlüssen im Landkreis sind in diesem Zusammenhang absolut unverständlich. Brauchbare, und das meine ich wörtlich, Straßen sind nötig, die wir auch unterhalten können um sicher zur Arbeit und wieder nach Hause zukommen. Die Hunsrückspange wird teilweise von direkt den betroffenen Gemeinden nicht gewollt, die Verkehrszählungen die auf uralten Zahlen beruhen, konnten 2011 durch eigens vor Ort durchgeführte Zählungen um ein Vielfaches reduziert werden.

Wenn der ehemalige Landrat Hey, der hierbei ja sehr rührig ist, von den angeblich 640 Unternehmen auch die Zusage einer

Finanzierung erhalten hätte, dann hätten die gegebenen Unterschriften tatsächlich einen Wert. Aber Herr Olk vom LBM hat uns ja sehr deutlich aufgezeigt, dass die Straßenkilometer an den allermeisten Stellen nicht wie üblich 1,2 Mio EURO pro KM sondern das 4-8 fache an Geld kosten werden. Das sozialdemokratische Infrastrukturministerium hat das 20 Jahre nicht in die Umsetzung gebracht und das wird auch eine CDU nicht tun, wenn Sie rechnen kann.

Der Demografische Wandel und somit auch der stetige Bevölkerungsrückgang rechtfertigen die Rufe nach mehr Straßen in keinster Weise. Wir haben im Landkreis seit dem 30. Juni 2007 bis zum 30. Juni 2015 genau 6.249 BürgerInnen und Bürger weniger! Dies ist ein schleichender Prozess und verteilt sich ja auf die gesamte Kreisfläche von 777 Quadratkilometer und deshalb fällt es uns auch nicht so wirklich auf, 6.249 Bürgerinnen und Bürger innerhalb von 8 Jahren zu verlieren. Das bedeutet im Umkehrschluss, es leben nur noch 106 Menschen pro Quadratkilometer, oder drastischer gesprochen, knapp 60 Quadratkilometer entvölkert. Das entspricht wiederum 7% der Fläche des gesamten Landkreises ohne Menschen! Auf diese schleichende Entvölkerung müssen Antworten gefunden werden und Konzepte entwickelt werden, wo wir in 10, 20 oder 30 Jahren unseren Landkreis sehen wollen! Das kann und darf man nicht dem puren Zufall überlassen.

Vielleicht gibt es aber derzeit eine zweite Chance mit den Neuankömmlingen in der Birkenfelder AfA! Denn die Entwicklung unserer Einwohnerzahl ist in diesem Jahr einer negativen Beschleunigung ausgesetzt und sogar im Begriff zum Stillstand zu kommen. Denn durch die Integration, der durch Krieg und schlechtem Klima Vertriebenen, besteht die Chance, eine Wende

herbeizuführen. Allerdings ist das kein Selbstläufer und Bedarf entsprechender Schritte.

Sprachkurse, Gesundheitskarte, Erleichterungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt, Anerkennung von Ausbildungen, Hilfe für Azubis, Hilfe bei der Wohnungssuche und viele Dinge mehr können hier auf kommunaler Ebene mit angestoßen werden.

Beispielhaft leistet das Mehrgenerationenhaus in Idar-Oberstein sowie die unterschiedlichen Flüchtlingshilfen im Landkreis hier ehrenamtlich wirklich großartiges!

Die Arbeit des vom Kreis eingestellten Koordinator für Ehrenamtliche ist dabei eine sehr gute Stelle und Hilfe. Verhandlungen könnten mit dem Land RLP aufgenommen werden in dieser Richtung mehr zu leisten, Wunschlisten zu schreiben, die der Landrat selbst nicht ernst meinen kann.

Arbeit und Wohnungen werden benötigt um die potenziellen NeubürgerInnen hier zu halten und nicht in die Ballungsgebiete abwandern zu lassen. Platz haben wir genug in Stadt und Kreis. Wir fordern daher die Einführung eines Leerstandskatasters von Wohngebäuden, sowie einen Bedarfs- und Entwicklungsplan für gewerbliche Flächen!

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen Allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2016.

Wir stimmen geschlossen dem Haushaltsplan 2016 zu!